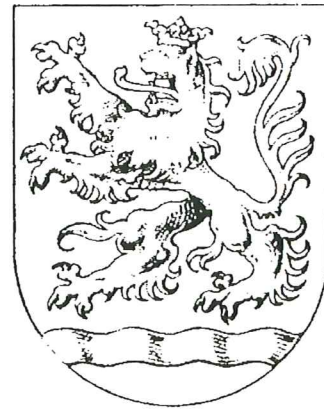


Amtsblatt

für den

Landkreis Holzminden



Jahrgang 2010

Holzminden, den 15.03.2010

Nr. 3

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>I n h a l t</u>	<u>Seite</u>
25	Satzung der Stadt Holzminden über Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz und Verdienstausfall der Ratsmitglieder, Ortsratsmitglieder und der ehrenamtlich Tätigen – 5. Änderung vom 23.02.2010	92
26	Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Holzminden (Straßenausbaubeitragssatzung – SABS) der Stadt Holzminden vom 23.02.1010	93
27	Haushaltssatzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover für das Haushaltsjahr 2010 vom 13.11.2009	102
28	Haushaltssatzung der Gemeinde Dielmissen für das Haushaltsjahr 2010 vom 15.02.2010 und Bekanntmachung vom 12.03.2010	105
29	2. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Kirchbrak für das Haushaltsjahr 2009 vom 09.12.2009 und Bekanntmachung vom 10.03.2010	108

Satzung

der Stadt Holzminden über Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz und Verdienstausschlag der Ratsmit- glieder, Ortsratsmitglieder und der ehrenamtlich Tätigen – 5. Änderung

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBl. Nr. 27/2006 S. 473), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 28.10.2009 (Nds. GVBl. Nr. 22/2009 S. 366) hat der Rat der Stadt Holzminden in seiner Sitzung am 23. Februar 2010 folgende 5. Änderung der Satzung der Stadt Holzminden über Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz und Verdienstausschlag der Ratsmitglieder, Ortsratsmitglieder und der ehrenamtlich Tätigen beschlossen:

I.

§ 3 (Fahrtkosten) erhält folgende Fassung:

„Die Ratsmitglieder aus den Ortschaften Neuhaus, Silberborn und Mühlenberg haben Anspruch auf Erstattung der nachgewiesenen Fahrtkosten. Die zu erstattende Wegstreckenentschädigung richtet sich nach den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes.

II.

Vorstehende Änderung tritt mit Wirkung vom 01.01.2010 in Kraft.

37603 Holzminden, den 24. Februar 2010

STADT HOLZMINDEN

Der Bürgermeister

(L. S.)

gez. Jürgen Daul

S a t z u n g

über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Holzminden (Straßenausbaubeitragsatzung - SABS -)

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Nieders. Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22.08.1996 (Nds. GVBl. S. 382 ff.) und § 6 des Nieders. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 11.02.1992 (Nds. GVBl. S. 30 ff.) in den z.Zt. gültigen Fassungen hat der Rat der Stadt Holzminden in seiner Sitzung am 23.02.2010 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Beitragsfähige Maßnahmen

- (1) Zur teilweisen Deckung ihres Aufwandes für die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung ihrer öffentlichen Straßen, Wege und Plätze (öffentliche Einrichtungen) erhebt die Stadt Holzminden – sofern Erschließungsbeiträge nach den §§ 127 ff BauGB nicht erhoben werden können – nach Maßgabe dieser Satzung Beiträge von den Grundstückseigentümern / Grundstückseigentümerinnen, denen die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser öffentlichen Einrichtungen besondere wirtschaftliche Vorteile bietet.
- (2) Zu den öffentlichen Einrichtungen gehören auch die aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Wohnwege, die Gemeindeverbindungsstraßen (§ 47 Nr. 2 Nds. Straßengesetz – NStrG -) und die anderen Straßen im Außenbereich, die die Stadt für den öffentlichen Verkehr gewidmet hat (§ 47 Nr. 3 NStrG).
- (3) Die Stadt ermittelt den beitragsfähigen Aufwand jeweils für die einzelne öffentliche Einrichtung. Sie kann den Aufwand auch hiervon abweichend für bestimmte Teile einer öffentlichen Einrichtung (Aufwandsspaltung) oder für einen selbstständig nutzbaren Abschnitt einer öffentlichen Einrichtung (Abschnittsbildung) ermitteln oder bei der Aufwandsermittlung mehrere öffentliche Einrichtungen oder deren Abschnitte zu einer Abrechnungseinheit zusammenfassen.
- (4) Inhalt und Umfang der beitragsfähigen Maßnahmen werden durch das Bauprogramm bestimmt. Das Bauprogramm wird durch die Stadt formlos festgelegt.
- (5) Die Beitragspflichtigen sollen vor Beginn einer Ausbaumaßnahme über Art, Umfang und voraussichtliche (geschätzte) Kosten unterrichtet werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen Eile geboten ist.

§ 2

Umfang des beitragsfähigen Aufwandes

- (1) Zum beitragsfähigen Aufwand gehören die Kosten für
 1. den Erwerb (einschließlich aufstehender Bauten und Erwerbsnebenkosten) der für die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der öffentlichen Einrichtungen benötigten Grundflächen; dazu gehört auch der Wert der von der Stadt hierfür aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung;
 2. die Freilegung der Fläche;
 3. die Anschaffung der öffentlichen Einrichtung;
 4. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Fahrbahn mit Unterbau und Decke sowie für notwendige Erhöhungen und Vertiefungen einschließlich der Anschlüsse an andere Straßen sowie Aufwendungen und Ersatzleistungen wegen Veränderung des Straßenniveaus;
 5. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung von Wegen, Plätzen und Fußgängerzonen in entsprechender Anwendung von Nr. 4;
 6. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung von
 - a) Randsteinen und Schrammborden,
 - b) Rad- und Gehwegen- auch als kombinierte Anlage –
 - c) Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen,

- d) Beleuchtungseinrichtungen,
- e) Rinnen- und andere Einrichtungen für die Oberflächenentwässerung der öffentlichen Einrichtungen,
- f) Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
- g) Parkflächen (auch Standspuren, Busbuchten und Bushaltestellen) und Grünanlagen soweit sie Bestandteil der öffentlichen Einrichtungen sind;
- h) niveaugleichen Mischflächen,
- i) Schotterrasenflächen;

7. die Ausstattung der Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen,

8. die Beauftragung Dritter mit der Planung und Bauleitung.

- (2) Bei Straßen im Sinne von § 47 Nr. 3 NStrG sind Aufwendungen nach Abs. 1 Nr. 6 lit. b, d und g nicht beitragsfähig; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 3

Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes

- (1) Der beitragsfähige Aufwand wird nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.

- (2) Der Aufwand für

- 1. Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
 - 2. Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen,
 - 3. Ersatzleistungen wegen Veränderung des Straßenniveaus,
- wird den Kosten der Fahrbahn zugerechnet.

§ 4

Anteile der Stadt und der Beitragspflichtigen am beitragsfähigen Aufwand

- (1) Die Stadt trägt zur Abgeltung des öffentlichen Interesses vom beitragsfähigen Aufwand den Teil, der auf die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen durch die Allgemeinheit entfällt.
- (2) Den übrigen Teil des beitragsfähigen Aufwandes tragen die Beitragspflichtigen und die Stadt, letztgenannte soweit sie Eigentümerin oder Erbbauberechtigte eines berücksichtigungspflichtigen Grundstücks ist.

Dieser Anteil für Beitragspflichtige und Stadt beträgt

- 1. bei öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Anliegerverkehr dienen, bei verkehrsberuhigten Wohnstraßen sowie bei den aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Wohnwegen 70 v.H.,
- 2. bei öffentlichen Einrichtungen mit starkem innerörtlichen Verkehr (s. Anlage, die Bestandteil dieser Satzung ist),
 - a) für Fahrbahnen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Böschungen, Schutz- und Stützmauern, Radwege, Busbuchten und Bushaltestellen 37 v.H.,
 - b) für Randsteine und Schrammborde, für Gehwege sowie für Grünanlagen als Bestandteil der öffentlichen Einrichtung 56 v.H.,
 - c) für kombinierte Rad-/Gehwege, Beleuchtungseinrichtungen sowie für Rinnen und andere Einrichtungen der Oberflächenentwässerung 47 v.H.,
 - d) für Parkflächen (auch Standspuren) mit Ausnahme von Busbuchten und Bushaltestellen 65 v.H.,
 - e) für niveaugleiche Mischflächen 47 v. H.,
- 3. bei öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Durchgangsverkehr dienen (s. Anlage, die Bestandteil dieser Satzung ist),
 - a) für Fahrbahnen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Böschungen, Schutz- und Stützmauern, Radwege, Busbuchten und Bushaltestellen 28 v.H.,

- b) für Randsteine und Schrammborde, für Gehwege sowie für Grünanlagen als Bestandteil der öffentlichen Einrichtung 47 v.H.,
- c) für kombinierte Rad-/Gehwege, Beleuchtungseinrichtungen sowie für Rinnen und andere Einrichtungen der Oberflächenentwässerung 37 v.H.,
- d) für Parkflächen (auch Standspuren) mit Ausnahme von Busbuchten und Bushaltestellen 56 v.H.,
- 4. bei Gemeindestraßen i.S. von § 47 (2) Nieders. Straßengesetz (NStrG) 28 v.H.,
- 5. bei Gemeindestraßen i.S. von § 47 (3) NStr 70 v.H.,
- 6. bei Fußgängerzonen 65 v.H.,
- (3) Zuschüsse Dritter sind, soweit der Zu-schussgeber nichts anderes bestimmt hat, zunächst zur Deckung der Anteile der Stadt zu verwenden.
- (4) Die Stadt kann im Einzelfall vor Entstehen der sachlichen Beitragspflicht durch eine ergänzende Satzung von den Anteilen nach Abs. 2 abweichen, wenn wichtige Gründe für eine ander Vorteilsbemessung sprechen.

§ 5

Verteilung des umlagefähigen Ausbauaufwands

- (1) Der umlagefähige Ausbauaufwand wird auf die Grundstücke verteilt, von denen aus die Möglichkeit der Inanspruchnahme der ausgebauten öffentlichen Einrichtung oder eines bestimmten Abschnitts von ihr besteht (berücksichtigungspflichtige Grundstücke). Die Verteilung des Aufwandes auf diese Grundstücke erfolgt im Verhältnis der Nutzflächen, die sich für diese Grundstücke aus der Vervielfachung der maßgeblichen Grundstücksfläche mit dem nach den §§ 6 und 7 maßgeblichen Nutzungsfaktor ergeben.
- (2) Als Grundstücksfläche gilt grundsätzlich der Flächeninhalt des Grundstücks im bürgerlich-rechtlichen Sinn. Soweit Flächen berücksichtigungspflichtiger Grundstücke baulich oder gewerblich nutzbar sind, richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach § 6. Für die übrigen Flächen – einschließlich der im Außenbereich liegenden Teilflächen jenseits einer Bebauungsplangrenze, einer Tiefenbegrenzungslinie oder der Grenze einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB – richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach § 7.
- (3) Als baulich oder gewerblich nutzbar gilt bei berücksichtigungspflichtigen Grundstücken,
 - 1. die insgesamt oder teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und mit der Restfläche innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks;
 - 2. die über die Grenzen des Bebauungsplanes in den Außenbereich hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes;
 - 3. die im Bereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen und bei Grundstücken, die über die Grenzen einer solchen Satzung hinausreichen, die Fläche im Satzungsbereich;
 - 4. für die kein Bebauungsplan und keine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB besteht,
 - a) wenn sie insgesamt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks,
 - b) wenn sie mit ihrer Fläche teilweise im Innenbereich (§ 34 BauGB) und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Fläche zwischen der öffentlichen Einrichtung und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 50 m zu ihr verläuft; bei Grundstücken, die nicht an die öffentliche Einrichtung angrenzen oder lediglich durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit ihr verbunden sind, die Fläche zwischen der der öffentlichen Einrichtung zugewandten Grundstücksseite und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 50 m zu ihr verläuft;
 - 5. die über die sich nach Nr. 2 oder Nr. 4 lit. b) ergebenden Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich

genutzt sind, die Fläche zwischen der öffentlichen Ein-richtung bzw. im Fall von Nr. 4 lit. b) der der öffentlichen Einrichtung zugewandten Grundstücksseite und einer Linie hierzu, die in dem gleichmäßigen Abstand verläuft, die der übergreifenden Bebauung oder gewerblichen Nutzung entspricht;

- (4) Bei berücksichtigungspflichtigen Grundstücken, die
1. nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z.B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils so genutzt werden,
 - oder
 2. ganz bzw. teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (landwirtschaftliche Nutzung),
- ist die Gesamtfläche des Grundstücks bzw. die Fläche des Grundstücks zugrunde zu legen, die von den Regelungen in Abs. 3 nicht erfasst wird.

§ 6

Nutzungsfaktoren für Baulandgrundstücke pp.

- (1) Der maßgebliche Nutzungsfaktor bei be-rücksichtigungspflichtigen Grundstücken, die baulich oder gewerblich nutzbar sind, wird durch die Zahl der Vollgeschosse bestimmt.

Dabei gelten als Vollgeschoss alle Geschosse, die nach landesrechtlichen Vorschriften Vollgeschosse sind. Kirchengebäude werden stets als eingeschossige Gebäude behandelt. Besteht im Einzelfall wegen der Besonderheiten des Bauwerks in ihm kein Vollgeschoss i.S. der Landesbauordnung, so werden bei gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken je vollendete 3,50 m und bei allen in anderer Weise baulich genutzten Grundstücken je vollendete 2,20 m Höhe des Bauwerks (Traufhöhe) als ein Vollgeschoss gerechnet.

- (2) Der Nutzungsfaktor beträgt bei einem Vollgeschoss 1,250000 und erhöht sich je weiteres Vollgeschoss um 0,250000.

- (3) Als Zahl der Vollgeschosse gilt – jeweils bezogen auf die in § 5 Abs. 3 bestimmten Flächen – bei Grundstücken,

1. die ganz oder teilweise im Geltungsbe-reich eines Bebauungsplanes liegen (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 und Nr. 2),
 - a) die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse;
 - b) für die im Bebauungsplan statt der Zahl der Vollgeschosse die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt ist, in Kern-, Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i.S. von § 11 Abs. 3 BauNVO die durch 3,5 und in allen anderen Baugebieten die durch 2,2 geteilte höchstzulässige Gebäudehöhe, wobei bei Bruchzahlen bis 0,49 abgerundet und bei Bruchzahlen ab 0,5 auf ganze Zahlen aufgerundet wird;
 - c) für die im Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen, sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl, wobei bei einer Bruchzahl bis 0,49 abgerundet und bei einer Bruchzahl ab 0,5 auf ganze Zahlen aufgerundet wird;
 - d) auf denen nur Garagen, Stellplätze oder eine Tiefgaragenanlage errichtet werden dürfen, die Zahl von einem Vollgeschoss je Nutzungsebene,
 - e) für die im Bebauungsplan gewerbliche Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, die Zahl von einem Vollgeschoss,
 - f) für die im Bebauungsplan industrielle Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, die Zahl von zwei Vollgeschossen,
 - g) für die in einem Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl bestimmt ist, der in der näheren Umgebung überwiegend festgesetzte und/oder tatsächlich vorhandene (§ 34 BauGB) Berechnungswert nach lit. a– c);
2. auf denen die Zahl der Vollgeschosse nach Nr. 1 lit. a) bzw. lit. d) – g) oder die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl nach Nr. 1 lit. b) bzw. lit. c) überschritten wird, die tatsächlich vorhandene Zahl der Vollgeschosse bzw. die sich nach der tatsächlich vorhandenen Bebauung ergebenden Berechnungswerte nach Nr. 1 lit. b) bzw. lit. c);
3. für die kein Bebauungsplan besteht, die aber ganz oder teilweise innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegen (§ 5 Abs. 3 Nr. 3 bis Nr. 5), wenn sie

- a) bebaut sind, die höchste Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
- b) unbebaut sind, die Zahl der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse.

- (4) Der sich aus Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 3 ergebende Nutzungsfaktor wird vervielfacht mit
1. 1,500000, wenn das Grundstück innerhalb eines tatsächlich bestehenden (§ 34 BauGB) oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Wohngebietes (§ 3, § 4 und § 4 a BauNVO), Dorfgebietes (§ 5 BauNVO, Mischgebietes (§ 6 BauNVO) oder Sondergebietes i.S. von § 10 BauNVO oder ohne ausdrückliche Gebietsfestsetzung innerhalb eines Bebauungsplangebietes überwiegend gewerblich oder überwiegend in einer der gewerblichen Nutzung ähnlichen Weise (z.B. Verwaltungs-, Schul-, Post- und Bahnhofsgebäude, Praxen für freie Berufe) genutzt wird;
 2. 2,000000, wenn das Grundstück innerhalb eines tatsächlich bestehenden (§ 34 BauGB) oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Kerngebietes (§ 7 BauNVO), Gewerbegebietes (§ 8 BauNVO), Industriegebietes (§ 9 BauNVO) oder Sondergebietes i.S. von § 11 BauNVO liegt.

§ 7

Nutzungsfaktoren für Grundstücke mit sonstiger Nutzung

- (1) Für die Flächen nach § 5 Abs. 4 gelten als Nutzungsfaktoren bei Grundstücken, die

1. aufgrund entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z.B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils so genutzt werden 0,625000
2. im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (z.B. landwirtschaftliche Nutzung), wenn
 - a) sie ohne Bebauung sind, bei
 - aa) Waldbestand oder wirtschaftlich nutzbaren Wasserflächen 0,020835
 - bb) Nutzung als Grünland, Ackerland oder Gartenland 0,041670
 - cc) gewerblicher Nutzung (z.B. Bodenabbau pp.) 1,250000,
 - b) sie in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Weise genutzt werden (z.B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten, Campingplätze ohne Bebauung 0,625000,
 - c) auf ihnen Wohnbebauung, landwirtschaftliche Hofstellen oder landwirtschaftliche Nebengebäude (z.B. Feldscheunen) vorhanden sind, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, 1,250000,
 mit Zuschlägen von je 0,250000 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss,
 für die Restfläche gilt lit. a),
 - d) sie als Campingplatz genutzt werden und eine Bebauung besteht, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt 1,250000,
 mit Zuschlägen von je 0,250000 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss,
 für die Restfläche gilt lit. b),
 - e) sie gewerblich genutzt und bebaut sind, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, 1,875000,
 mit Zuschlägen von je 0,375000 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss,
 für die Restfläche gilt lit. a),
 - f) sie ganz oder teilweise im Geltungsbereich einer Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB liegen, für die von der Satzung erfassten Teilflächen
 - aa) mit Baulichkeiten, die kleinen Handwerks oder Gewerbebetrieben dienen, 1,875000,

mit Zuschlägen von je 0,375000 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss,

bb) mit sonstigen Baulichkeiten oder ohne Bebauung 1,250000

mit Zuschlägen von je 0,250000 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss,

für die Restfläche gilt lit. a).

(2) Die Bestimmung des Vollgeschosses richtet sich nach § 6 Abs. 1.

§ 8

Grundstück an mehreren öffentlichen Einrichtungen

- (1) Grundstücke, die von mehr als einer öffentlichen Einrichtung i.S. von § 1 einen straßenausbaubeitragsrechtlich relevanten Vorteil haben (erschlossen sind), sind zu jeder dieser öffentlichen Einrichtungen beitragspflichtig.
- (2) Bei durch mehrere öffentlichen Einrichtungen i.S. von § 1 erschlossenen Grundstücken werden die nach den vorstehenden Regelungen ermittelten Berechnungsflächen bei der Verteilung des umlagefähigen Aufwandes für jede der öffentlichen Einrichtungen i.S. von § 1 voll und bei der Festsetzung des Straßenausbaubeitrages nur mit zwei Dritteln zugrunde gelegt.
- (3) Abs. 2 gilt nicht, wenn das Grundstück
 - a. innerhalb eines tatsächlich bestehenden (§ 34 BauGB) oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Kerngebietes (§ 7 BauNVO), Gewerbegebietes (§ 8 BauNVO), Industriegebietes (§ 9 BauNVO) oder Sondergebietes (§§ 10, 11 BauNVO) liegt,
 - oder
 - b. innerhalb eines tatsächlich bestehenden (§ 34 BauGB) oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Wohngebietes (§§ 3, 4 und 4a BauNVO), Dorfgebietes (§ 5 BauNVO) oder Mischgebietes (§ 6 BauNVO) oder ohne ausdrückliche Gebietsfestsetzung innerhalb eines Bebauungsplangebietes gewerblich oder in einer der gewerblichen Nutzung ähnlichen Weise (z.B. Verwaltungs-, Schul-, Post- und Bahnhofsgebäude, Praxen für freie Berufe) genutzt wird.
- (4) Abs. 2 findet zudem keine Anwendung
 - a. bei der straßenausbaubeitragsrechtlichen Abrechnung von Gemeindestraßen i.S. von § 47 (2) und (3) Nieders. Straßengesetz (NStrG),
 - und
 - b. wenn nicht mindestens zwei der hier maßgeblichen öffentlichen Einrichtungen i.S. von § 1 mit allen vorhandenen Teileinrichtungen in der Baulast der Stadt Holzminen stehen.

§ 9

Aufwandsspaltung

Ohne Bindung an eine bestimmte Reihenfolge kann der Straßenausbaubeitrag selbständig erhoben werden für

1. die Kosten des Grunderwerbs der öffentlichen Einrichtung,
2. die Kosten der Freilegung für die Durchführung der Baumaßnahme,
3. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Fahrbahn,
4. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Gehwege oder eines von ihnen,
5. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Radwege oder eines von ihnen,
6. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung kombinierter Rad- und Gehwege oder eines von ihnen,
7. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Oberflächenentwässerung der öffentlichen Einrichtung,
8. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Beleuchtungseinrichtungen der

öffentlichen Einrichtung,

9. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung der Parkflächen,
10. die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung des Straßenbegleitgrüns.

§ 10 Entstehung der Beitragspflicht

- (1) Die Beitragspflicht entsteht mit der Beendigung der beitragsfähigen Maßnahme.
- (2) In den Fällen einer Aufwandsspaltung entsteht die Beitragspflicht mit der Beendigung der Teilmaßnahme, frühestens jedoch mit dem Ausspruch der Aufwandsspaltung.
- (3) Bei der Abrechnung von selbständig nutzbaren Abschnitten entsteht die Beitragspflicht mit der Beendigung der Abschnittsmaßnahme, frühestens jedoch mit dem Abschnittsbildungsbeschluss.
- (4) Die in Abs. 1 – 3 genannten Maßnahmen sind erst dann beendet, wenn die technischen Arbeiten entsprechend dem von der Stadt aufgestellten Bauprogramm fertiggestellt sind und der Aufwand berechenbar ist.

§ 11 Vorausleistungen

Auf die künftige Beitragsschuld können angemessene Vorausleistungen verlangt werden, sobald mit der Durchführung der Maßnahme begonnen worden ist. Die Vorausleistung ist mit der endgültigen Beitragsschuld zu verrechnen, auch wenn der Vorausleistende nicht beitragspflichtig ist.

§ 12 Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig. Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner. Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.
- (2) Der Beitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück, bei Bestehen eines Erbbaurechts auf diesem und im Falle von Abs. 1 S. 3 Halbsatz 2 auf dem Wohnungs- oder Teileigentum.

§ 13 Beitragsbescheid

Der Beitrag, der auf den einzelnen Beitragspflichtigen entfällt, wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt.

§ 14 Fälligkeit

Die nach dieser Satzung erhobenen Beiträge und Vorausleistungen werden einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 15 Ablösung

- (1) In Fällen, in denen die Beitragspflicht noch nicht entstanden ist, kann die Ablösung durch Vertrag vereinbart werden.
- (2) Zur Feststellung des Ablösungsbetrages ist der für die Ausbaumaßnahme i.S. von § 1 entstehende Ausbauaufwand anhand von bereits vorliegenden Unternehmerrechnungen und im übrigen nach dem Ausschreibungsergebnis sowie den Kosten für den Ausbau von Teileinrichtungen bei ver-

gleichbaren öffentlichen Einrichtungen zu ermitteln und nach Maßgabe der §§ 4 bis 7 auf die Grundstücke zu verteilen, von denen aus die Möglichkeit der Inanspruchnahme der betreffenden öffentlichen Einrichtung besteht.

- (3) Durch Zahlung des Ablösungsbetrages wird die Beitragspflicht für die betreffende Ausbaumaßnahme endgültig abgegolten.

§ 16
Stundung u. a.

Stellt die Heranziehung zu Straßenausbaubeiträgen im Einzelfall eine unbillige Härte dar, so können die Beiträge gestundet, ermäßigt, niedergeschlagen oder erlassen werden.

§ 17
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 15.07.1999 i.d.F.v. 05.03.2002 außer Kraft.

Holzminden, den 9. März 2010

Der Bürgermeister

gez. Jürgen Daul

(L.S.)

Anlage

zu § 4 Abs. 2 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbaubeitragssatzung)

I. Zu den öffentlichen Einrichtungen mit starkem innerörtlichen Verkehr gemäß § 4 Abs. 2 Ziff. 2 zählen

1. im Bereich Holzminden - Stadt:

Altendorfer Straße
 Bahnhofstraße (zw. Fürstenberger Str. und Steinstraße)
 Baurat-Liebold-Straße
 Bergstraße (zw. Unter dem Kiekenstein u. Allersheimer Straße)
 Bodenstraße (zw. Allersheimer Str. und Dohnenstieg)
 Brombeerweg (zw. Schlehenbusch u. Haselweg)
 Bülte
 Dohnenstieg
 Dr.-Jasper-Straße
 Dürrestraße
 Einbecker Straße (zw. Sollingstraße und Hungerborn ohne Nebenwege)
 Ernst-August-Straße (zw. Böntalstraße u. Wilhelmstraße)
 Forster Weg (zw. Karlstr. und Lindenallee)
 Grimmenstein
 Halbmondstraße
 Haselweg
 Himbeerbusch (zw. Baurat-Liebold-Str. und Haselweg ohne Stichwege und Sackgasse)
 Hintere Straße
 Hoher Weg (ohne Nebenwege)
 Johannismarkt
 Johannisstraße
 Karlstraße (soweit nicht unter II.)
 Kirchstraße
 Kopernikusstraße (zw. Bülte u. Carl-Hampe-Str.)
 Lindenallee (zw. Forster Weg und Rehwiese ohne Sackgasse)
 Markt (Nordseite)
 Mühlenfeldstraße (zw. Sollingstr. u. Sparenbergstr.)
 Niedere Straße

Oberbachstraße
 Papiermühle (ohne Nebenwege)
 Rehwiese (zw. Nordstr. und Lindenallee)
 Sohnreysstraße
 Sparenbergstraße
 Südstraße
 Schlehenbusch
 Schneckenbergstraße (zw. Liebigstr. u. Gehrenkamp)
 Stadtblick
 Tünnekenhagen
 Steinstraße
 Unter dem Kiekenstein
 Von-Langen-Allee
 Wallstraße
 Werneckestr. (zw. Einbecker Str. und Meiernberg)
 Wilhelmshütte
 Wilhelm-Raabe-Straße (zw. Fürstenberger Str. u. Bahnhofsvorplatz)
 Wilhelmstraße

2. im Bereich Holzminden-Neuhaus:

Kuhlager (zw. K 50 u. Heinrich-Sohnrey-Straße)

II. Zu den öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Durchgangsverkehr gemäß § 4 Abs. 2, Ziff. 3 dienen, zählen:

1. im Bereich Holzminden - Stadt:

Allersheimer Straße
 Böntalstraße
 B 64 im Bereich OD Allersheim
 Dr.-Stiebel-Straße (nur im Verlauf der K 51)
 Fürstenberger Straße (nur im Verlauf der L 550)
 Haarmannplatz
 Hafendamm (nur im Verlauf der L 550)
 Karlstraße (zw. Anschluß Allersheimer Str. u. Einmündung Neue Straße)
 Liebigstraße
 Lüchtringer Weg (nur im Verlauf der K 51)
 Neue Straße
 Nordstraße
 Pipping (nur im Verlauf der B 497)
 Rumohrthalstraße (zw. Liebigstr. und Ortsdurchfahrtsgrenze)
 Sollingstraße
 Sylbecker Berg

2. im Bereich Holzminden-Neuhaus:

Am Langenberg
 Am Wildenkiel (nur im Bereich der L 549)
 Fohlenplackener Straße
 Hackelbergstraße
 In der Fahrt

3. im Bereich Holzminden-Silberborn:

Angerstraße
 Dasseler Straße
 Holzmindener Straße
 Sollinger Landstraße

4. im Bereich Holzminden-Mühlenberg:

B 497 im Bereich OD Mühlenberg

III. Alle übrigen öffentlichen Einrichtungen insgesamt oder in Teilen sind solche gemäß § 4 Abs. 2 Ziff. 1

- 3 -

Haushaltssatzung

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover
für das

Haushaltsjahr 2010

Aufgrund des § 16 des Nieders. Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) vom 19.02.2004 (Nds. GVBl. S. 63) und der §§ 94 ff. der Nieders. Gemeindeordnung hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 23.11.09 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird

im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

der ordentlichen Erträge auf	2.061.300 €
der ordentlichen Aufwendungen auf	2.061.300 €
der außerordentlichen Erträge auf	0,0 €
der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,0 €

im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.061.300 €
der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.754.700 €
der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	0,0 €
der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	0,0 €
der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	0,0 €
der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	0,0 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

- 4 -

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2010 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 700.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Verbandsumlage für das Haushaltsjahr 2010 beträgt 1.017.600 €. Es entfallen auf die Verbandsglieder

	€	%
Region Hannover	373.220	36,68
Städte		
Braunschweig	51.805	5,09
Göttingen	26.562	2,61
Salzgitter	24.530	2,41
Landkreise		
Göttingen	124.467	12,23
Goslar	60.018	5,90
Harz	5.406	0,53
Hildesheim	107.503	10,56
Holz Minden	53.297	5,24
Northeim	119.419	11,74
Osterode am Harz	33.700	3,31
Wolfenbüttel	37.673	3,70

Die Verbandsumlage wird mit 40 v. H. am 1. Februar und mit jeweils 30 v. H. am 1. Mai und am 1. November 2010 fällig.

Goslar, 13.11.2009

Zweckverband

für Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover

Dr. Hartmut Heider
Erster Kreisrat

Vorsitzender der Versammlung

Claus Jähner

Verbandsgeschäftsführer

II. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2010 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die nach § 16 Abs. 2 des Nieders. Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) in Verbindung mit § 94 Abs. 2 Nieders. Gemeindeverordnung erforderliche Genehmigung ist durch das Nieders. Ministerium für Inneres, Sport und Integration am 01.03.2010 unter dem Aktenzeichen 32.23 -10302/2036 erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO

vom 06.04. bis 14.04. 2010

zur Einsichtnahme beim Landkreis Goslar, Klubgartenstraße 6, 38640 Goslar, Zimmer 1012, während der Öffnungszeiten öffentlich aus.

Goslar, 05.03.2010


Claus Jähner
Erster Kreisrat a. D.
Verbandsgeschäftsführer

H a u s h a l t s s a t z u n g **der Gemeinde Dielmissen** **für das Haushaltsjahr 2010**

Aufgrund der §§ 40 und 84 ff der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der z. Zt. gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Dielmissen in seiner Sitzung am 15.02.2010 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird
im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	297.400 €
in der Ausgabe auf	297.400 €

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	44.100 €
in der Ausgabe auf	44.100 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite im Haushaltsjahr 2010 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 49.500 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2010 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)

340 v.H.

340 v.H.

b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)

2. Gewerbesteuer

nach dem Gewerbeertrag

350 v.H.

Dielmissen, den 24.02.2010
Gemeinde Dielmissen

gez. Krause

(Krause)
Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2010

Die vorstehende Haushaltssatzung der Gemeinde Dielmissen für das Haushaltsjahr 2010 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

Der Haushaltsplan liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO vom 22.03.2010 bis 30.03.2010 zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Dielmissen, Am Schlagbaum 12, 37633 Dielmissen, während der Dienststunden öffentlich aus.

Dielmissen, 12.03.2010

gez. Krause
(Bürgermeister)

2. Nachtragshaushaltssatzung

der Gemeinde Kirchbrak für das Haushaltsjahr 2009

Der Rat der Gemeinde Kirchbrak hat in seiner Sitzung am 09. Dezember 2009 aufgrund des § 87 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) für das Haushaltsjahr 2009 die folgende 2. Nachtragshaushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem 2. Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. Nachtrages gegenüber bis- her	nunmehr festgesetzt auf
	€	€	€	€
a) <u>im Verwaltungshaushalt</u>				
die Einnahmen	40.100	--	614.400	654.500
die Ausgaben	--	8.000	662.500	654.500
b) <u>im Vermögenshaushalt</u>				
die Einnahmen	7.400	--	90.300	97.700
die Ausgaben	7.400	--	90.300	97.700

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite aufgenommen werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag von 260.000 € um 135.000 vermindert und damit auf 125.000 € neu festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) werden nicht geändert.

Kirchbrak, den 09. Dezember 2009

Gemeinde Kirchbrak

Bürgermeister

L.S.

gez. Brennecke

Bekanntmachung der 2. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Kirchbrak für das Haushaltsjahr 2009

Die vorstehende **2. Nachtragshaushaltssatzung** der Gemeinde Kirchbrak für das Haushaltsjahr 2009 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 94 Abs. 2 der Nieders. Gemeindeordnung (NGO) erforderliche Genehmigung durch den Landkreis Holzminden ist am 02.03.2010 unter dem Aktenzeichen (30) 15 14 02 mit Nebenbestimmungen erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO in der Zeit

vom 22.03.2010 bis 30.03.2010

in der Gemeindeverwaltung Kirchbrak, Kirchweg 7, 37619 Kirchbrak, während der Dienststunden öffentlich aus.

Kirchbrak, den **10. März 2010**

gez. Brennecke
Bürgermeister